FORVM GEOPOLITICA
Independent Commentary on a Fractured World

Sergei Viktorowitsch Garmonin – Ausserordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Russischen Föderation in der Schweizerischen Eidgenossenschaft und in dem Fürstentum Liechtenstein

„Die Schweiz ist schon seit Jahren nicht mehr neutral“ – der russische Botschafter Sergej Garmonin

Der russische Botschafter in der Schweiz, Sergej Garmonin, übte in einem Interview mit Patrik Baab scharfe Kritik an der Außenpolitik Berns: „Sanktionen bedeuten blinde Unterwerfung unter die Europäische Union.“

Patrik Baab

Di. 01 Sep 2026 13 Leseminuten

Sergey Garmonin ist der russische Botschafter in der Schweiz, ein Amt, das er seit Dezember 2016 innehat. Er hatte somit Zeit, mitzuerleben, wie sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern von einer normalen Zusammenarbeit zu einem fast vollständigen Bruch gewandelt haben. Am 21. August 2026 gab er Patrik Baab ein schriftliches Interview, in dem er den Standpunkt Moskaus darlegte. Seine Antworten reichen von der Schweizer Neutralität bis zu Nord Stream, von der Deindustrialisierung bis zu den Aussichten auf Frieden in der Ukraine.

„Das Bürgenstock-Treffen spielte absolut keine Rolle“**: Inwiefern hat der Konflikt in der Ukraine die Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz verändert?**

Sergey Garmonin: Bis 2022 entwickelten sich die Beziehungen zwischen Russland und der Schweiz positiv. Der Handelsumsatz zwischen den beiden Ländern stieg, und es fand ein regelmäßiger politischer Dialog auf verschiedenen Ebenen statt. Jährlich wurde ein Konsultationsprogramm zwischen dem russischen Außenministerium und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten verabschiedet, und die interparlamentarischen Kontakte sowie der kulturelle Austausch zwischen den beiden Ländern wurden aktiv ausgebaut.

Im Jahr 2022 beschloss Bern jedoch, dem Beispiel der EU zu folgen, stellte in Eigeninitiative den gesamten Komplex der russisch-schweizerischen Kontakte ein und fror die Mechanismen der bilateralen Zusammenarbeit ein, sei es der politische Dialog, die parlamentarische Diplomatie, die Regierungskooperation, die wirtschaftliche Zusammenarbeit oder der kulturelle Austausch. Das war nicht unsere Wahl.

Seitdem hat sich die Situation kaum geändert. Die Behörden der Eidgenossenschaft übernehmen fleißig alle neuen Sanktionen der Europäischen Union. Vor kurzem hat der Bundesrat ein weiteres Paket antirussischer Sanktionen verabschiedet und diesmal auch Sanktionen im Zusammenhang mit Moldawien aufgenommen.

„Das Bürgenstock-Treffen spielte absolut keine Rolle“

Patrik Baab: Welche Rolle spielte der Gipfel in Bürgenstock vom 15. bis 16. Juni 2024?

Sergey Garmonin: Dieser Gipfel hat überhaupt keine Rolle gespielt. Das Treffen auf dem Bürgenstock ohne die Teilnahme Russlands wurde zu einer lautstarken, aber inhaltslosen PR-Aktion sowie einer sinnlosen Verschwendung von Geldern der Schweizer Steuerzahler ohne echte Ergebnisse für eine friedliche Lösung. Ich bin mir sicher, dass die Behörden der Eidgenossenschaft dies selbst sehr gut verstehen, daher wurde die Konferenz in Vergessenheit geraten.

Der Grund für das Scheitern des Gipfeltreffens in Bürgenstock liegt auf der Hand. Es macht keinen Sinn, hinter dem Rücken Russlands eine Einigung anzustreben und das Land anschließend vor vollendete Tatsachen zu stellen, dass es bereits eine gewisse „Grundlage für den Dialog" und Vorbedingungen für die russische Seite gibt. Ein solcher Ansatz ist per se unrealistisch. Ein sachlicher Friedensdialog wird ohne Rücksicht auf den „Bürgenstock-Prozess" und unter Berücksichtigung der russischen Interessen stattfinden.

Wie sehen die Aussichten für eine erneute Verbesserung der bilateralen Beziehungen aus?

Obwohl wir keine Nachbarn sind, verbinden unsere Länder die unterschiedlichsten Fäden: historische, wirtschaftliche und kulturelle. Zwischen uns bestehen nach wie vor zwischenmenschliche Beziehungen. Viele Schweizer haben in der Geschichte Russlands eine Rolle gespielt. So war beispielsweise der gebürtiger Genfer François Le Fort einer der engsten Vertrauten des russischen Zaren Peter I. Der Tessiner Architekt Domenico Trezzini hat im Grunde genommen Sankt Petersburg erbaut. Der Erzieher von Zar Alexander I. und seiner Familie war der Schweizer Frédéric-César Laharpe. Bekannt ist wiederum die Rolle des Suworow-Alpenfeldzugs bei der Befreiung der Schweiz von der französischen Herrschaft sowie die russische Beteiligung an der Festschreibung der „ewigen Neutralität" der Schweiz auf dem Wiener Kongress von 1815.

„Sanktionen bedeuten blinde Unterwerfung unter die EU"

Die russisch-schweizerischen Beziehungen verfügen also über Potenzial. Natürlich wäre es wünschenswert, dass Russland und die Schweiz dieses Potenzial voll ausschöpfen, zum Wohle beider Länder und Völker. Um dieses Potenzial jedoch zu entfalten, bedarf es der Bereitschaft zu einem umfassenden Dialog. Wir haben nicht beschlossen, unsere bilateralen Beziehungen auf Eis zu legen – das war die Entscheidung Berns. Bislang sehen wir keine Bereitschaft, sie wieder in vollem Umfang aufzunehmen.

Früher oder später wird sich die antirussische Kriegsrhetorik Europas beruhigen, und es wird an der Zeit sein, die Beziehungen neu zu gestalten. Bundesbern könnte Mut beweisen, eine Vorreiterrolle in diesem Prozess übernehmen und von einer proaktiven Außenpolitik profitieren. Oder es wird weiterhin zurückhaltend auf die Europäische Kommission blicken und hoffen, dass der Schweiz ein solcher Ansatz in den Beziehungen zu Brüssel zumindest irgendwie helfen wird.

Russland ist keine Bedrohung, sondern eine Quelle von Möglichkeiten für die Eidgenossenschaft, ihre Beziehungen in einer sich rasch wandelnden Welt vielfältiger zu gestalten. Die Zusammenarbeit mit Russland bietet eine Chance, nicht vollständig von den Launen Brüssels oder anderer westlicher Länder abhängig zu sein, sondern einen alternativen Partner zu haben. Russland ist ein riesiger und profitabler Markt, wissenschaftliche Zusammenarbeit ohne Hindernisse, fortschrittliche Kernenergie und Luftraum für Langstreckenflüge. Sanktionen bedeuten verlorene Vorteile und Abhängigkeit von der Europäischen Union, die blinde Unterwerfung als selbstverständlich ansieht.

„Der Beitritt der Ukraine zur Union ist nur eine theoretische Möglichkeit“

Welche Folgen hätte ein solcher Beitritt? Würde dies die EU noch tiefer in den Krieg in der Ukraine hineinziehen?

Ich glaube nicht, dass ein EU-Beitritt der Ukraine unter den Bedingungen anhaltender Kampfhandlungen möglich wäre. Folglich ist es kaum anzunehmen, dass eine hypothetische Integration des Landes zum stärkeren Einsatz der Europäischen Union führen würde, die als Hauptgeldgeber des Regimes in Kiew ohnehin schon tief in den Konflikt verwickelt ist.

Welche finanziellen Folgen hätte dies für die Steuerzahler in der EU?

Es ist kein Geheimnis, dass die Europäische Union bereits Dutzende Milliarden Euro für die Unterstützung Kiews ausgegeben hat. Den Aussagen der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas zufolge handelt es sich um einen Betrag in Höhe von rund 170 Milliarden Euro. Wie ich bereits sagte, ist der Beitritt der Ukraine zur Union bislang nur eine theoretische Möglichkeit, zumal sie noch weit davon entfernt ist, die Anforderungen und die Kopenhagener Kriterien für eine Mitgliedschaft in dieser Organisation zu erfüllen. Wenn wir uns jedoch vorstellen, dass dies geschehen sollte, dann halte ich es für sinnvoll, Parallelen zum EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens zu ziehen. Dieser hatte erhebliche finanzielle Folgen.

Seit dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2007 bis heute hat Brüssel Bukarest und Sofia im Rahmen der Kohäsionspolitik, der Agrarsubventionen und der Entwicklungsfonds rund 140 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt (108 Milliarden für Rumänien, 30 Milliarden Euro für Bulgarien). Ich gehe davon aus, dass die Finanzspritzen für die Ukraine im Falle ihres Beitritts viel größer ausfallen werden.

„Die Schweiz ist schon seit mehreren Jahren nicht mehr neutral."

Wäre ein neutraler Status für die Ukraine, ähnlich dem der Schweiz, eine tragfähige Lösung – zumal die russische Regierung dies wiederholt als Ziel der SMO genannt hat?

Vieles hängt davon ab, wie der Neutralitätsstatus definiert ist und wie er tatsächlich umgesetzt wird. So ist die Schweiz unserer Einschätzung nach beispielsweise schon seit einigen Jahren kein neutrales Land mehr. Seit 2022 vertritt Bern eine eindeutig pro-Kiewer Haltung, und daran hat sich seitdem nichts geändert. Die Schweizer Behörden übernehmen alle Pakete restriktiver antirussischer Maßnahmen der Europäischen Union. Sie tun so, als würden sie die Terroranschläge des Kiewer Regimes auf die Zivilbevölkerung nicht bemerken, wie es bei der Pädagogischen Hochschule in Starobelsk und beim Zivilbus im Zentrum von Jenakijewo der Fall war. Eine öffentliche Reaktion des Schweizer Außenministeriums auf diese – wie übrigens auch auf andere – Verbrechen Kiews blieb aus.

Darüber hinaus unterstützt Bundesbern die Bemühungen des Europarats, ein Pseudotribunal einzurichten, um einen antirussischen Scheinprozess zu inszenieren. Übrigens war der Schweizer Politiker und PACE-Mitglied Damien Cottier der Initiator dieses „Gerichts". Er setzte sich aktiv für die strafrechtliche Verfolgung des russischen Staatsoberhauptes ein und fungierte als Verfasser des entsprechenden umstrittenen Berichts des Europarats.

Die Schlussfolgerung ist einfach. Von Unparteilichkeit kann bei der Schweiz keine Rede sein, ihr außenpolitischer Kurs ist gegenüber Russland feindselig geprägt. Eine solche „Neutralität à la suisse" dürfte kaum eine nachhaltige Lösung sein.

„Überhöhte Energiepreise sollen die Inbetriebnahme von Nord Stream verhindern"

Wäre ein Verkauf an ein US-amerikanisches Unternehmen denkbar oder vielleicht sogar eine gemeinsame Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream-Pipeline unter russisch-amerikanischer Führung? Gibt es bereits Interessenten, potenzielle Investoren?

Sehr vieles hängt von der Haltung der europäischen Kunden ab. In dieser Frage sehen wir direkten Widerstand sowohl seitens der Europäischen Kommission als auch seitens einer Reihe anderer politischer Kräfte in Europa, die lieber überhöhte Energiepreise zahlen, nur um die Inbetriebnahme der „Nord Stream" in jeglicher Form zu verhindern. Im Laufe der Zeit mag sich die Haltung der europäischen Staaten ändern, aber angesichts der aktuellen Lage sehe ich keinen Sinn darin, auf die Einzelheiten dieser Frage einzugehen. Übrigens hat sich Präsident Wladimir Putin am 4. Juni zu diesem Thema geäußert. Er wies darauf hin, dass eine der Leitungen der „Nord Stream" intakt und unbeschädigt geblieben sei und man über diese schon morgen mit der Beförderung von russischem Gas nach Deutschland beginnen könne. Man müsse nur einen Knopf drücken. Dazu sei jedoch eine Entscheidung der deutschen Regierung erforderlich.

„Ein Krieg, den ganz Westeuropa gegen Russland führt"

Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri S. Peskow, sprach kürzlich erstmals von einem „Krieg" in der Ukraine – statt von einer „militärischen Sonderoperation". Was bedeutet das? Will Peskow damit andeuten, dass Russland nicht nur mit der Ukraine, sondern auch mit der NATO im Krieg steht? Die Drohnen stammen aus westlicher Produktion – liefern auch Schweizer Unternehmen Komponenten?

Russische Amtsträger und Politiker, zu denen auch Präsident Wladimir Putin gehört, haben den aktuellen Konflikt bereits mehrfach als einen Krieg praktisch ganz Westeuropas gegen Russland bezeichnet. Was die Äußerungen des offiziellen Sprechers des Präsidenten Dmitrij Peskow betrifft, so wurden diese tatsächlich im Zusammenhang mit der Beteiligung der NATO-Mitgliedstaaten und ihrer aktiven militärischen Unterstützung der Ukraine getätigt.

„Die Schweizer Behörden arbeiten eng mit der NATO zusammen."

Welche Rolle spielen verdeckte und offene NATO-Netzwerke in der Schweiz? Versucht die NATO, den neutralen Status der Schweiz durch verdeckte Aktivitäten zu untergraben?

Es ist schwierig, etwas zu untergraben, was es gar nicht gibt. Ich halte es nicht für wahrscheinlich, dass die NATO als Organisation irgendwelche Operationen durchführt, um die „Neutralität" zu untergraben, auch weil dafür keine Notwendigkeit besteht. Die Schweizer Behörden sind selbst voll und ganz auf eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der NATO ausgerichtet und machen daraus auch keinen Hehl.

Andererseits schließe ich nicht aus, dass einzelne NATO-Mitgliedsländer daran interessiert sein könnten, hier in der Eidgenossenschaft antirussische Stimmungen zu schüren, um die Ängste der Schweizer Bürger auszunutzen. Ich möchte ein Beispiel anführen. In der internationalen Redaktion von einer etablierten deutschsprachigen Schweizer Zeitung ist eine offen antirussische Lobby zu beobachten, die sich aus Bürgern eines der Nachbarländer der Schweiz zusammensetzt. Sie schreiben regelmäßig über Russland, und zwar ausschließlich in voreingenommener, negativer Weise. Einige von ihnen vertreten seit langem und konsequent, über Jahrzehnte hinweg, antirussische Standpunkte. Ist das ein Zufall? Ich glaube nicht. Es handelt sich um ein systemisches Phänomen.

„Die Schweiz sah sich einer zunehmenden Deindustrialisierung gegenüber"

Der Bombenanschlag auf die Nord-Stream-Pipeline hat, wie der Ermittler feststellte, Westeuropa von erschwinglicher russischer Energie abgeschnitten. Dies hat zu einer Wirtschaftskrise und einem anhaltenden Deindustrialisierungsprozess geführt, von dem auch die Schweiz betroffen ist. Wie würden Sie die konkreten Auswirkungen auf die Schweiz beschreiben?

Im Falle der Schweiz lässt sich die Auswirkung des fehlenden Zugangs zu russischen Energieträgern aus objektiven Gründen schwer berechnen. Aufgrund ihrer geografischen Lage bezieht die Eidgenossenschaft Gaslieferungen ausschließlich aus Nachbarländern, die ihrerseits das Gas aus Drittländern außerhalb der EU beziehen. Somit sind Informationen über die ursprünglichen Lieferanten verschleiert.

Andererseits war die Schweiz in den letzten Jahren tatsächlich mit einer zunehmenden Deindustrialisierung konfrontiert. Lokale Unternehmen behalten ihre Hauptsitze und Entwicklungsabteilungen in der Eidgenossenschaft, verlagern die Massenproduktion jedoch in Länder mit niedrigen Lohnkosten. Auf diese Weise wird die industrielle Produktion ins Ausland verlagert, und dafür gibt es zahlreiche Beispiele: Holcim, ABB, Nestlé, Bernina. Zum Paradebeispiel ist die Situation des Stahlwerks in Gerlafingen geworden, das seine Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Diese Lage in der Schweiz ist mit drei Faktoren zu erklären: den hohen Arbeitskosten, dem starken Franken und natürlich den hohen Energiekosten.

Ich möchte noch einen weiteren negativen Faktor erwähnen, der sich auf die Schweiz auswirkt. Es ist wohlbekannt, dass der Verzicht auf russische Kohlenwasserstoffe die deutsche Wirtschaft schwer beeinträchtigt hat. In der Schweizer Presse gibt es solche Befürchtungen, dass Deutschland zum neuen „kranken Mann Europas“ werden könnte, und dass der Rückgang der deutschen Wirtschaft schwerwiegende Folgen für die Wirtschaft der Eidgenossenschaft haben wird, die eng mit ihr verknüpft ist.

„Die Behauptungen über einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Russlands entsprechen nicht der Realität“

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der bisher 21 Sanktionsrunden der EU gegen Russland?

Es gibt einen Begriff – hektische Scheinaktivität. Er beschreibt die Situation hinsichtlich der Sanktionspolitik der Europäischen Union gegenüber Russland sehr anschaulich. Den Vertretern der EU-Mitgliedstaaten sind schon lange die Ideen für die Verhängung von Restriktionen gegen unser Land ausgegangen.

Dennoch sind sie gezwungen, so zu tun, als seien sie nicht einfach untätig. Deshalb können sie die Flut sinnloser Sanktionen nicht stoppen, denn im Rahmen ihrer bürokratischen Logik müssen sie einen „entschlossenen Widerstand“ gegen Moskau wieder demonstrieren. Tatsächlich gibt es jedoch viel Show, aber wenige Ergebnisse. Alle Versprechungen über einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Russlands, die nun schon seit vier Jahren in Folge wiederholt werden, weichen offensichtlich von der Realität ab.

In diesem Zusammenhang halte ich es für angebracht, auch ein paar Worte zur Schweiz zu sagen. Mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Verwendung würdig wäre, hält Bern weiterhin am Kurs der Europäischen Union fest. Die von den Behörden der Eidgenossenschaft übernommenen, gegen das Völkerrecht verstoßenden antirussischen Maßnahmen haben nur einen verschwindend geringen Einfluss auf die russische Wirtschaft. In ihren Erklärungen „isolieren" die europäischen Länder Russland. In Wirklichkeit kapseln sich die westlichen Staaten, darunter leider auch die Schweiz, lediglich selbst von Russland ab.

Auch die Schweiz verhängt Sanktionen, zumindest im Bankensektor – die Sanktionen gegen Jacques Baud und Nathalie Yamb betreffen auch deren Bankkonten. Was bedeutet das für die Schweizer Neutralität?

Ich bin mir nicht sicher, ob die Behauptung stimmt, dass die Schweiz Sanktionen gegen ihre Mitbürger verhängt. Es wäre wohl zutreffender, von einer sogenannten „Overcompliance" seitens der lokalen Banken zu sprechen. Das heißt, die Schweizer Finanzinstitute haben solche Angst davor, ins Visier der EU und der amerikanischen OFAC zu geraten, dass sie bereit sind, sogar ihre eigenen Staatsbürger zu diskriminieren.

Wie stark übt Washington Druck auf die Schweiz aus?

Antwort: In letzter Zeit ist es in der Schweizer Presse zum Trend geworden, Russland unter frei erfundenen Vorwänden der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Schweiz zu bezichtigen. Ich werde mich daher jeglicher Einschätzung des Zustands der amerikanisch-schweizerischen diplomatischen Beziehungen enthalten. Gleichzeitig möchte ich jedoch anmerken, dass wir im letzten Jahr eine ganze Reihe bemerkenswerter Ereignisse im Dialog zwischen Bern und Washington beobachten konnten. Dazu gehören die vom US-Präsidenten verhängten Zölle in Höhe von 39 % auf Schweizer Produkte, sowie die Situation mit den verschobenen Lieferungen der teuren amerikanischen F-35-Kampfflugzeuge und „Patriot"-Raketenabwehrsysteme in die Schweiz und die gemeinsame Erklärung zu makroökonomischen und währungspolitischen Fragen, die einseitige Beschränkungen für die Schweizerische Nationalbank in Fragen der Geldpolitik einführt. Ich denke, jeder, der sich mit diesen Themen vertraut macht, wird in der Lage sein, den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen den beiden „Schwesterrepubliken" – wie die Vereinigten Staaten und die Eidgenossenschaft einst genannt wurden – selbstständig und treffend zu beschreiben.

„Die Tür zu einer diplomatischen Lösung bleibt offen"

Sind die Überlegungen vom Gipfeltreffen im August 2025 in Anchorage, Alaska, noch gültig? Präsident Putin hat auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg deutlich gemacht, dass der Konflikt in der Ukraine wahrscheinlich militärisch gelöst werden wird – was bedeutet das?

Am 23. Juni äußerte sich Präsident Wladimir Putin während einer Sitzung mit der Regierung ausführlich zu dieser Frage. Er stellte klar, dass Russland zu Friedensverhandlungen mit der Ukraine bereit sei, und zwar auf der Grundlage der in Istanbul erzielten Vereinbarungen, der in Anchorage erörterten Modalitäten und vor allem der tatsächlichen Lage vor Ort sowie der Grundsätze, die er vor zwei Jahren in einer Rede im russischen Außenministerium dargelegt hatte.

Dabei betonte er, dass Russland weiterhin entschlossen in alle Richtungen voranschreiten wird, um die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, wirtschaftliche Fragen zu lösen und seine Streitkräfte zu stärken. Die Tür für eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts bleibt also offen, doch Russland ist bereit, die gesteckten Ziele auch mit anderen, militärischen Mitteln zu erreichen. Ein Verzicht auf die gesetzten Ziele kommt für Russland nicht in Betracht, da es sich um zentrale Aspekte der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation handelt.

ARTIKEL TAGS:

Interview Garmonin, Sergej Russland Schweiz Europäische Union (EU) NATO